Beilage
Mittwoch, den 17. August 1932

Arbeiterstimme

Nr. 185
8. Jahrgang — Tagespresse der KPD

Drei wichtige Aufgaben!

Drei wichtige Aufgaben stehen in diesen Tagen vor der gesamten Arbeiterschaft. Es gilt vor allem:

Die Antifaschistische Aktion in die Betriebe tragen!

Der Faschismus muß dort geschlagen werden, wo die Werktätigen im Produktionsprozeß in gemeinsamer Not, im gemeinsamen Kampfe zusammenstehen. Gerade die Rolle der Nazis als Streikbrecher, als Soldknechte der Trustbourgeoisie wird vor allem in den Betrieben den Massen aufgezeigt. Material gibt es eine Menge; es muß nur ausgewertet werden in den Diskussionen, in den Betriebszeitungen usw. Aber im Zusammenhang mit dieser Frage steht zugleich die Aufgabe des

Kampfes gegen Lohnraub

Ob damit die Forderung, schon jetzt die Vorbereitungen im großen Maße zu treffen, die notwendig sind, die bevorstehenden Angriffe gegen die Textilarbeiterschaft abzuschlagen! Das ist eine Aufgabe aller werktätigen Männer und Frauen; eine Aufgabe auch der erwerbslosen Klassengenossen! Ein einziger erfolgreicher Abwehrkampf hat die größte Bedeutung für die Kampfkraft des Proletariats im Ringen um den Sozialismus. In der Mobilisierung zum Kampf um Lohn und Brot gilt es auch die klassenverräterische Ideologie der SPD- und ADGB-Führung zu zerstören. Schon jetzt setzt die SPD-Presse mit der Lüge gegen die Kommunisten, gegen die RGO, gegen den Kampf um die rote Einheit ein. Sie wissen, im wirklichen Kampf wird der Reformismus besiegt, darum muß rechtzeitig abgebremst werden!

Und schließlich: — die Reichstagswahlen haben es gelehrt: jeder Schritt wirklicher Kampf kommt nicht zuletzt auch im Wahlkampf zum Ausdruck! Unsere weitere Aufgabe:

Vorbereitung der Kommunalwahlen,

sind am besten gelöst durch Entfaltung von Massenkämpfen durch Stärkung der außerparlamentarischen Front. Wenn wir verstehen, **diese Aufgaben zu verbinden, immer und überall das Ringen um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse in den Vordergrund stellen, dann werden wir weiter vorwärts marschieren — für die rote Einheit — für den Sieg des Kommunismus!**

Was ist in der Dresdner Großmarkthalle?

Vernichtung hunderter Existenzen der Kleingewerbetreibenden durch die Beschlüsse des Dresdner Stadtrats. Auch der Mittelstand und die Kleingewerbetreibenden müssen sich einreihen in die rote Klassenfront und mitkämpfen in Antifaschistischer Aktion

Seit ungefähr drei Wochen ist auf der Berliner, Ecke Lobtauer Straße, eine neue Markthalleninsel eröffnet worden. Ein Teil der Händler, der bisher auf der Insel auf der Weißeritzstraße seinen Verkaufsstand innehatte, wurde auf den neuen Platz nach der Berliner Straße überwiesen. Der Rat der Stadt Dresden begründet diese Maßnahme damit, daß die Insel auf der Weißeritzstraße angeblich nicht mehr ausreicht.

Der Markthallen- und Gewerbeausschuß, in dem alle Parteien, ausgenommen die Kommunisten, vertreten sind, hat der Vorlage resp. dem Beschluß der Verlegung eines großen Teiles des Außenhandels nach der Berliner Straße bedingungslos zugestimmt. Ob dieser Maßnahme herrscht bei den Händlern der Markthalle eine berechtigte Empörung. Durch die Zerreißung und Verlegung des Außenhandels werden Tausende von Händlern in ihrem ohnehin schweren Existenzkampf geschädigt, nicht nur geschädigt, sondern

vor Hunderten von Händlern steht der sichere Ruin

Es ist ganz klar, daß Käufer, die einen Teil ihrer Waren auf der Insel an der Weißeritzstraße einkaufen, sich nicht erst die Umstände machen und den anderen Teil ihrer Waren auf der Berliner Straße holen. Den Einkäufern entsteht durch diese Verlegung ein großer Zeitverlust, so daß sie lieber von dem Einkauf abstehen. Durch diese ungeheuer schlechten Einkaufsmöglichkeiten haben die Händler, wie vorstehend geschildert, einen bis jetzt noch nicht abschätzbaren Schaden. Die Begründung des Rates, daß die Insel an der Weißeritzstraße zu klein sei und deshalb diese Maßnahme erfolgen müsse, steht in einem krassen Gegensatz zu den vorhandenen Markthallenständen in Dresden. Wir möchten hiermit darauf hinweisen, daß die Antonshalle zum Teil und die Neustädter Halle zum größten Teil leer stehen und hier die Möglichkeiten bestünden, einem Teil der Handler ohne irgend einen finanziellen Verlust unterzubringen. Dabei sind diese Hallen sauber, räumlich und überdacht, und die Händler brauchten nicht Wind und Wetter ausgesetzt zu sein. Der Rat der Stadt, der ja immer vorgibt, daß kein Geld vorhanden sei, beweist auf der anderen Seite, wie unsinnig das Geld ausgegeben wird.

Anstatt die vorhandenen überdachten Hallen in Anspruch zu nehmen, wirft man das Geld aus und errichtet eine neue Markthalleninsel, wie an der Berliner Straße. Dabei genügt dieser Platz keineswegs den gestellten Anforderungen, sondern gleicht eher einem Kinderspielplatz, als einem Marktplatz.

Planlose Arbeit der Markthallenverwaltung

Wie bei der Stadt ge- und verwirtschaftet wird, zeigt folgendes: Im vorigen Jahre wurde zwecks Erweiterung des Markthallenstandes an der Weißeritzstraße der Straßenzaun um einige Meter nach der Straße zu versetzt. Die Unkosten hierfür beliefen sich wie verlautet, auf 9000 Mark. Jetzt plant man, den Zaun wieder einzurücken, was ebenfalls dieselbe Summe verschlingen dürfte. Vorstehendes zeigt deutlich, wie die Markthallen- und Stadtverwaltung sparsam mit den Steuergroschen der Werktätigen umgeht und vor allen Dingen, wie plan- und ziellos die Stadtverwaltung arbeitet. Im übrigen scheinen die Markthallendirektion und die Stadtverwaltung sich in ihrem diktatorischen Benehmen sehr zu gefallen, denn auf die Beschwerden und die Wünsche der Händler und ihrer Organisationen wird gar nicht reagiert. Was die Direktion für gut befindet, wird trotz aller Proteste diktatorisch durchgeführt. Die Händler sind gut dazu, ihre Steuern auf Heller und Pfennig pünktlich zu bezahlen, aber die Wünsche derselben werden nicht respektiert. Was gehen den Herren der Direktion die Interessen des Mittelstandes an? Ihr Gehalt stimmt, dafür zahlt doch der Mittelstand Steuern!

Die neue Verkehrsinsel völlig verbaut

Die Anlage der neuen Insel ist ein Kapitel für sich. Die Anfahrtstraßen sind so eng gebaut, daß ein Wagen den andern nicht überholen kann. Dafür geht die Straße im Kreise. Vielleicht haben die Sachverständigen sich beim Bau dieser Straße an eine runde Gummizelle der in der Nähe liegenden ehemaligen „Siesche" erinnert. Daß bei diesen engen und gänzlich unzugänglichen Straßen eine erhöhte Unfallgefahr für die dortigen Ein- und Verkäufer besteht, scheinen die Herren vollständig zu übersehen.

Die Verkehrsverhältnisse spotten jeder Beschreibung

Ueber den Verkehr wäre ebenfalls etwas zu sagen. Ließen die Zustände schon vor der Verlegung des Marktes an der Schäfer-, Ecke Weißeritzstraße, zu wünschen übrig, so spotten die jetzigen Verhältnisse jeder Beschreibung. Durch das viele Hin- und Herfahren zwischen Weißeritz- und Berliner Straße ist der Verkehr erheblich gesteigert worden. Arbeiter und Angestellte, die früh zur Arbeit bzw. zum Dienst wollen, müssen minutenlang warten, ehe sie die Kreuzung überqueren können. Auf Passanten wird ebenfalls keine Rücksicht genommen. Diese Straßenkreuzung ist durch die Maßnahmen des Rates zu einem Unfallherd geworden, das ist kennzeichnend dafür, wie die Verkehrsabteilung der Stadt Dresden Verkehrsprobleme löst. Bei diesem Betrieb macht die Stadt noch ein Bombengeschäft mit den Verkehrsstrafen, zu denen man kommen kann, ehe man es sich versieht und wenn gleich der Fahrer unschuldig ist.

Starke Empörung der Händler

Auf Grund dieser Zustände herrscht nicht nur bei den Händlern starke Empörung, sondern weit darüber hinaus auch bei den Friedrichstädter Geschäftsleuten und Einwohnern. Schuld an all diesen Verhältnissen trägt der Dresdner Rat sowie der Markt- und Gewerbeausschuß, die diese Maßnahmen herbeigeführt haben und vorhandene Hallen wie Antonshalle und Neustädter Halle brachliegen lassen. Wir betonen nochmals, der Markt- und Gewerbeausschuß, in dem alle Parteien, auch SPD und ASDAP außer den Kommunisten sitzen, haben die Maßnahmen des Dresdner Rates unterstützt und gefördert. **Die Nazis, die immer mit der großen Schnauze angeben, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten, haben auch hier nichts unternommen, um den Forderungen der Händler Geltung zu verschaffen. Ihr Vertreter in diesem Ausschuß, der Nazistadtrat Köster, hat den Maßnahmen des Rates zugestimmt.**

Aus Vorstehendem können die Händler erkennen, wie ihre Interessen von den bürgerlichen Parteien nicht ver-, sondern zertreten werden. Die Mittelständler werden erkennen, daß auch für sie das Parlament nichts bringt, sondern daß sie Seite an Seite mit der Arbeiterschaft im außerparlamentarischen Kampf zusammenstehen müssen, wenn sie ihren berechtigten Forderungen Geltung verschaffen wollen. Die Einwohner der Friedrichstadt werden den Kampf der Händler zur Erreichung ihres Zieles unterstützen.

Wir sagen den Händlern: Nicht durch Verhandlungen, nicht durch Vorsprechen beim Dresdner Oberbürgermeister werden eure Wünsche erfüllt, sondern nur durch die geschlossene Kampffront aller Händler wird euer Ziel erreicht werden. Diese geschlossene Front wird auch die Diktatur des Dresdner Rates und der Markthallendirektion brechen!

Der Mittelstand wird sich mit dieser kommunalen Mißwirtschaft noch beschäftigen müssen. Bei den kommenden Kommunalwahlen im November werden der Mittelstand und die Kleingewerbetreibenden ihre Kampfbereitschaft beweisen durch die Wahl von Kommunisten!

Mustergültige „Hygiene" der Hygienestadt

In der Hygiene ist Dresden voran. Zu was hat denn die Stadt Dresden eine Hygieneausstellung gehabt, die Millionen von Mark gekostet hat und wofür der Dresdner Steuerzahler elend bluten mußte. Für die Hunderte von Menschen, die auf der neuen Insel verkehren, hat man je ein Klosett für Männer und Frauen errichtet. Diese Klosetts erinnern an anno dazumal. Keine Wasserspülung, einfache Tonnen als Klosetts. Diese Einrichtung ist typisch für eine Stadt, die den Namen „Hygienestadt Dresden" trägt. Wenn einem Geschäftsmann, einem kleinen Mittelständler, der unmittelbar im Verkehr mit Eßwaren steht, eine solche „Hygiene" nachgewiesen würde, dann könnte es leicht möglich sein, daß der Betreffende mit der Gewerbeaufsicht in Konflikt geraten und unter Umständen sein Geschäft geschlossen würde, aber bei der Stadt Dresden fällt ein derartiger Zustand nicht so sehr ins Gewicht!

Neue Morddrohungen der Nazis

Welche Absichten die Nazis auch in unserem Gebiet haben, zeigen die von den Mordetzstürmern den Proleten ins Haus geschickten Morddrohungen. So erhielt der Antifaschist Kirchner in Dresden folgenden Brief durch die Post:

„Sturmabteilung der SS und SA
Dresden 1 (DA/Fh)

Du roter Lump mach dich bereit führe Himmelreich. Du bist reif dazu. Als Hauptfunktionär für den Pennewitzer Bezirk mußt du zuerst verschwinden. Wir sind durch unseren SS-Dienst genau über dich Lump orientiert.

SS-Dienst. T/J/U/P/Z/A/S/"

Diese Drohung an Genossen konnten die Nazis nur deshalb nicht praktizieren, weil der proletarische Massenselbstschutz durch die Bombenanschläge gewarnt, auf dem Posten war. **Auch in der Zukunft werden die Arbeiter ein wachsames Auge haben müssen, um die Anschläge dieses Gesindels in geschlossener Front abzuwehren.**

Zur Mitgliederversammlung — Verbandspäckchen

Wie die Mitglieder zum Terror gegen Arbeiter gedrillt werden, beweist ein Befehl an einen SA-Mann in Dresden. Dieser Befehl hat folgenden Wortlaut:

„Schar Hartmann — Dresden, am 5. 8. 32.
Trupp Wessel
Sturm 3/100 — Befehl!

Heute Freitag 20.30 Uhr Sturmabend bei Kneipt, Gr. Brüdergasse, 1 Stock. Zivil! Mitbringen: Armbinde, Ausweis, Verbandspäckchen.

An SA-Mann Geibel. — Hartmann, Scharführer."

Klar und deutlich geht schon aus der Fassung dieses Befehls wie auch der Anweisung, was sie in die Versammlungen alles mitzubringen haben, hervor, daß es sich um Vorbereitungen für Terroraktionen handelt. **Nur die Antifaschistische Aktion, die von den Arbeitern heute verstärkt werden muß, kann dem braunen Verbrecherpack das Handwerk legen!**

SA-Strolche storten sich nicht daran. Weder schlossen sie die Fenster, noch stellten sie ihre holprigen Hymnen ein, im Gegenteil, sie brüllten verstärkt weiter. Der Genosse suchte in seinem Garten Ruhe und verbat sich deshalb nochmals energisch diese Ruhestörung. Es kam zu einem Wortwechsel, in dem der Arbeiter B. die Faschisten, die alle im christlichen Verein sind, fragte, ob sie diese Mordlieder in der Kirche lernten. Wie uns jetzt mitgeteilt wird, verklagten die Nationalsozialisten den betreffenden Genossen, weil er angeblich „braune Mordpest" gesagt haben soll. Die unschuldigen Schafchen!

Wir glauben, daß es auch in Prohlis an der Zeit ist, gegen die fortgesetzte Nazaprovokation den roten Massenselbstschutz zu bilden.

Heraus zum 18. Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September!

Jungproleten, vorwärts in der Antifaschistischen Betriebswoche gegen Lohnabbau und Naziterror! Schließt euch den Jugendkolonnen des roten Massenselbstschutzes an! Arbeiterjugend, voran gegen Arbeitsdienstpflicht, Militarisierung und imperialistischen Krieg!

SA provoziert kranken Arbeiter

In Prohlis in der Familienhaussiedlung beschweren sich die Bewohner schon seit langem über SA-Leute, die in Gruppen aus dem offenen Fenster heraus stundenlang ihre Mordlieder singen. Der schwer nervenkranke Arbeiter B. wurde von den Strolchen besonders gemein provoziert. Als B. in seinem am Haus gelegenen Garten ging, brüllten etliche SA-Leute aus den offenen Fenstern des Nebenhauses ihre Mordlieder. Genosse B., der auf Grund seiner Krankheit besonders leicht erregbar ist, verbat sich diese unerhörte, ruhestörende Provokation. Doch die

Pg gegen Pg

Am 9. August ereignete sich in Graupa ein unerhörter Vorfall. Der als Nationalsozialist und heiliger Sektengänger bekannte Hauswirt Thieme wollte seinen eigenen Pg. Engert, der es bei ihm verschüttet hatte, rausetzen. Bei dieser Gelegenheit wurde Engert furchtbar geschlagen, ein Auge wurde ganz erheblich verletzt. Engert wurde zum Arzt gebracht, er mußte jedoch ins Krankenhaus überwiesen werden, dort wurde ihm das schwerverletzte Auge entfernt. Thieme hatte zur Ermittlung seines Parteifreundes Engert seine sämtlichen Sektenschäfchen hinbestellt. Seine Christenbrüder besorgten, während Thieme, der als Feigling bekannt ist, zu Hause blieb, das Geschäft auch „gründlich". So gründlich, daß Engert ins Krankenhaus kam. Die Graupaer Arbeiterschaft ist empört, denn das ist schon der zweite Fall, daß Thieme die ganze heilige Geige zu Ueberfällen mobilisierte.

Auch die Graupaer Arbeiterschaft wird dazu übergehen, um diesen gefährlichen Terror zurückzuschlagen, den roten Massenselbstschutz zu bilden.

Wichtig für jeden Kommunalfunktionär

ist das in deutscher Sprache erschienene Buch

Die sozialistische Rekonstruktion Moskaus und anderer Städte der UdSSR."

Die Wiedergabe des Referats des Genossen Kaganowitsch über die Kommunalwirtschaft in der Sowjetunion, gehalten auf dem ZK-Plenum der KPSU. Das Werk umfaßt 148 Seiten und ist für den Preis von 60 Pfennig durch den Litvertrieb der KPD oder direkt vom Verlag Carl Hoym Nachf., Berlin NW 6, Luisenstraße 27/28, zu beziehen.

Aus dem Inhalt heben wir besonders hervor: Die Oktoberrevolution und die Kommunalwirtschaft / Ueber die Moskauer Kommunalwirtschaft / Probleme der städtischen Wirtschaft in der Sowjetunion / Ueber die Entwicklungswege der Städte in der Sowjetunion.

Jeder Kompaffunktionär muß das Buch lesen!

Schwerer Fenstersturz

Aus einem Fenster des 3. Stockwerkes in der Wachsbleichstraße 15 stürzte gestern vormittag ein 12jähriges Mädchen. Es erlitt einen Unterschenkelbruch und schwere innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhaus Friedrichstadt gebracht werden.

Flucht aus Papens „Wohlfahrtsstaat"

Am Montagnachmittag wurde in einer Wohnung auf der Kronprinzenstraße eine Hausangestellte gasvergiftet aufgefunden. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Weiter fand man einen 66jährigen Mann in seiner Wohnung auf der Rehefelder Straße gasvergiftet tot auf.

Russischer Konzertabend

Neue russische Lieder. Ausführende: Maria Dugin, Sopran, und Balalaikaorchester. Sonnabend, den 20. August, 19 Uhr, im Keglerheim, Friedrichstraße. Unkostenbeitrag 20 Pfennig.